

Entwurf für ein neues SPD-Grundsatzprogramm:

Ein Dokument der Orientierungslosigkeit

Die SPD hat Mitte März 1989 den Entwurf für ihr neues Grundsatzprogramm vorgelegt. Dieser Entwurf hat das Ziel der geistigen und politischen Erneuerung in der Opposition verfehlt. Die SPD hat sich von wesentlichen Prinzipien und Zielen ihres Godesberger Programms von 1959 verabschiedet, ohne verbindliche neue gefunden zu haben. Der Programmentwurf verdeutlicht, daß sich die SPD im politischen Niemandsland zwischen alter Klassenpartei und rot-grüner Stimmungspartei verirrt hat.

Falsche Grundannahmen

Wie bereits der stillschweigend zu Grabe getragene „Irseer Entwurf“ geht die jetzt vorliegende Fassung von falschen Grundannahmen aus. Die SPD leitet die „geistigen Wurzeln“ des „demokratischen Sozialismus“ nach wie vor im gleichen Atemzug aus Christentum und „Marxscher Geschichts- und Gesellschaftslehre“ ab. Für Marxisten ist aber nur der Mensch mit dem richtigen Klassenstandpunkt und mit dem richtigen gesellschaftlichen Bewußtsein der eigentliche Mensch; im christlichen Menschenbild ist dagegen die Würde des Menschen in seiner Eigenschaft als Geschöpf und Ebenbild Gottes begründet, unabhängig von seiner Zugehörigkeit zu einer Klasse oder sozialen Schicht.

Im Programmentwurf der SPD heißt es: „Wie auch immer wir die Würde des Menschen begründen, sie ist Ausgangs- und Zielpunkt unseres Handelns.“ Damit erklärt die SPD das Menschenbild zur unverbindlichen Privatsache und lehnt es als Voraussetzung für die Politik ab. Wer das Menschenbild zur Privatsache erklärt, macht den Menschen verfügbar und stürzt die

Gesellschaft und den Staat in den Nihilismus der Willkür und Beliebigkeit. Die Konsequenz ist ein Werterelativismus, weil die SPD damit keine Klarheit über den Wertbezug ihrer Politik schafft.

Die SPD sagt zwar, daß sie nicht das „Paradies auf Erden“ verspricht; aber sie verspricht eine Zukunft ohne Anstrengung. Sie traut den Menschen nicht zu, Anstrengungen auf sich zu nehmen; sie verschiebt deshalb Verantwortung auf den Staat und Kollektive und traut sich nicht, dem Bürger zu sagen, daß der Staat und Kollektive nicht alle Probleme lösen können und daß deshalb soziale Besitzstände überprüft und persönliche Opfer gebracht werden müssen.

Bezeichnend für das Menschen- und Staatsverständnis der SPD ist deshalb auch die Definition von Subsidiarität, verglichen mit der Aussage des Grundsatzprogramms der CDU: Die CDU geht von der grundsätzlichen Fähigkeit des einzelnen Bürgers oder kleiner Gemeinschaften aus, Aufgaben selbst zu bewältigen. Deshalb muß nach Auffassung der CDU der Staat auf die Übernahme solcher Aufgaben verzichten (Grundsatzprogramm, Ziffer 17). Die CDU will den Staat auf seine unverzichtbaren Aufgaben beschränken.

Die SPD dagegen will den Bürger in seinen Eigeninitiativen beschränken und die Tätigkeit des Staates ausweiten. Sie geht davon aus, daß „einzelne oder Gruppen die gesellschaftlich erforderlichen Verpflichtungen nicht von sich aus eingehen“. Deshalb muß der Staat diese Aufgaben übernehmen, er wird zum Reparaturbetrieb für den Bürger, der seine Aufgaben nicht erfüllt. Dahinter verbirgt sich eine grundsätzliche Einstellung, die vom einzelnen nichts und vom Staat alles erwartet.

Die SPD ist keine Partei der Reformen

Die SPD bezeichnet sich in ihrem Grundsatzprogramm als Partei der Reformen. Sie verdient diesen Namen jedoch nicht, weil sie die nötige Kraft, politische Entscheidungen zu treffen und überfällige Reformen durchzuführen, in ihrer dreizehnjährigen Regierungszeit nicht aufgebracht hat.

Auch mit dem neuen Programm wird die SPD ihrem Anspruch, Reformpartei zu sein, nicht gerecht. Das Godesberger Programm der SPD von 1959 war eine Abkehr von überholten Traditionen und ein Sprung nach vorn. Der neue Entwurf fällt teilweise hinter Godesberg zurück. Die SPD hat den Anschluß an die Zukunftskonzepte der CDU — Stuttgarter Leitsätze (1984), Mainzer Zukunftsmantel (1986), Wiesbadener und Bonner Beschlüsse (1988) — nicht geschafft.

Die folgende Dokumentation setzt sich argumentativ mit den wesentlichen Sachaussagen und Forderungen der SPD auseinander, die in den beiden Abschnitten III und IV des Programmwerfs zusammengefaßt sind.

III. „Frieden in gemeinsamer Sicherheit“

„Aufgabe Frieden“

Im Godesberger Programm von 1959 sagten die Sozialdemokraten noch: „Die größte und dringendste Aufgabe ist es, den Frieden zu bewahren und die Freiheit zu sichern.“ Im neuen Programmwurf spricht die SPD nur noch vom Frieden, von der Notwendigkeit der Freiheitssicherung ist keine Rede mehr. So wird der innere Zusammenhang zwischen Frieden und Freiheit aufgelöst. Ein Frieden, der mehr ist als bloßer Verzicht auf Gewalt, ist aber nur in Freiheit möglich — dies sagt die SPD heute nicht mehr.

„Gemeinsame Sicherheit“

Die SPD will „gemeinsame Sicherheit“ mit dem Osten, d. h. sie will nicht Sicherheit vor der Sowjetunion und dem Warschauer Pakt, sondern Sicherheit mit der Sowjetunion und dem Warschauer Pakt. Damit stellt sie die Tatsachen auf den Kopf: Nicht die Sowjetunion, sondern die NATO und das westliche Bündnis haben uns mehr als 40 Jahre Sicherheit, Frieden und Freiheit gebracht.

Aber dieses Bündnis ist der SPD schon lange nicht mehr viel wert. In ihrem Programmwurf findet sich deshalb auch keine klare, uneingeschränkte Zustimmung zur NATO. Vielmehr wird deutlich: Die SPD sieht die Zugehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland zum westlichen Bündnis als eine Mitgliedschaft auf Zeit und auf Widerruf, die sie zudem an Bedingungen knüpft: Die Bundesrepublik Deutschland soll nur so lange im westlichen Bündnis bleiben, bis „die Konfrontation der Blöcke“ überwunden ist, und nur unter der Voraussetzung, daß sie „ihre eigenen Sicherheitsinteressen dort einbringen und durchsetzen“ kann.

Für die CDU ist die Zugehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland zum westlichen Bündnis eine unwiderrufliche Entscheidung für die Wertegemeinschaft des Westens — die SPD will aber aus dieser Wertegemeinschaft ausscheren, unsere Bindungen an den Westen lockern und die Deutschen in einen geistigen und politischen Neutralismus zwischen West und Ost treiben.

Die SPD will „beiderseitige strukturelle Angriffsunfähigkeit“ erreichen und unterstellt damit, daß auch der Westen eine Angriffsfähigkeit besitzt; sie fordert „atom- und chemiewaffenfreie Zonen in Europa“ und stellt sich damit gegen die erklärten abrüstungspolitischen Ziele des Bündnisses.

„Die Bundeswehr und der Zivildienst“

Hinsichtlich der Bundeswehr klaffen Programm und politische Praxis der SPD weit auseinander. Das programmatische Bekenntnis der

Sozialdemokraten zur Bundeswehr hat die politische Qualität einer Sonntagsrede. Tatsache ist, daß sich seit Jahren SPD-Mitglieder an politischen Aktionen gegen Soldaten beteiligen, Manöver behindern, gegen „Tage der offenen Tür der Bundeswehr“ protestieren und gemeinsam mit den Grünen Ausstellungen der Bundeswehr blockieren.

Mit Parteitagbeschlüssen und öffentlichen Äußerungen diffamieren die SPD und führende Vertreter der Partei die Bundeswehr: Auf dem Bundesparteitag 1988 in Münster setzten die SPD-Delegierten die Ablehnung der feierlichen Gelöbnisse von Wehrpflichtigen in der Öffentlichkeit durch. Der SPD-Parteirat versuchte wenige Monate später, aufgebrachte Offiziere und Unteroffiziere der Bundeswehr, die der SPD nahestehen, zu beschwichtigen, indem er den SPD-Mitgliedern freistellte, unter bestimmten Bedingungen an feierlichen Gelöbnissen teilzunehmen. Hohe Offiziere warfen der Partei daraufhin vor, mit gespaltener Zunge zu reden (Weser Kurier, 1. März 1989).

Der ehemalige Parlamentarische Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Andreas von Bülow, MdB, sieht in der Bundeswehr nicht mehr den Garanten unserer Sicherheit, sondern nur ein „Kind des kalten Krieges“ (RTL, 22. Januar 1989). Und die stellvertretende SPD-Bundesvorsitzende, Herta Däubler-Gmelin, MdB, erklärte „jeden, der das Berufsziel äußere, Soldat werden zu wollen, für pervers“ (zitiert nach Zeitschrift für Rechtspolitik, Heft 11/1988, S. 439). — **Der SPD ist die Bundeswehr offensichtlich ein Dorn im Auge.**

„Deutschland“

Der Widerwillen der SPD gegen die deutsche Einheit wird bereits seit einiger Zeit in Stellungnahmen führender SPD-Politiker offenkundig: Egon Bahr betitelte diejenigen, die die deutsche Frage aufwerfen, als „Störenfried“ (Frankfurter Rundschau, 13. Dezember 1988), Willy Brandt nannte die Wiedervereinigung eine „Lebenslüge“ (Frankfurter Rundschau, 15. September 1988) und Oskar Lafontaine zeigte sich bereit, eine eigene DDR-Staatsbürgerschaft anzuerkennen (FAZ, 15. November 1988).

Mit der Vorlage des neuen Entwurfs ist dieser Widerwille zum Programm geworden: Die SPD hat die Einheit Deutschlands als Ballast abgeworfen. Dies belegt eine Gegenüberstellung der zentralen Aussagen des Godesberger Programms mit dem neuen Programmentwurf.

● „Von deutschem Boden muß Frieden ausgehen“, heißt es im Programmentwurf. Diese Feststellung ist eine Selbstverständlichkeit, die seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland für alle Bundesregierungen gegolten hat und gilt. Im Godesberger Programm erkannte die SPD aber noch, daß „die Spaltung Deutschlands“ den Frieden bedrohe und daher ihre Überwindung „lebensnotwendig für das deutsche Volk“ sei. Heute sieht die SPD nicht mehr in der Spaltung Deutschlands, sondern anscheinend in dem

Streben nach Wiedervereinigung eine Bedrohung des Friedens. Deshalb ordnet sie die „Frage der Nation“ den „Erfordernissen des Friedens“ unter.

● Folglich strebt die SPD nicht mehr die „Wiedervereinigung Deutschlands“ an (Godesberger Programm), sondern läßt lediglich offen, „ob und wie die Deutschen in beiden Staaten . . . zu institutioneller Gemeinschaft finden“.
Damit wird deutlich, daß die SPD die deutsche Einheit nicht mehr durch eine aktive Deutschlandpolitik anstrebt, sondern bereit ist, die Zweitstaatlichkeit hinzunehmen.

„Nord-Süd-Politik“

Auch bei der Nord-Süd-Politik geht es der SPD mehr um Ideologie als um Politik, mehr um einseitige Schuldzuweisungen an den Westen als um konkrete politische Gestaltungsvorschläge:

- Der Programmentwurf hält an dem alten Brandt-Vorschlag fest, durch Abrüstung Mittel für die Entwicklungshilfe freizumachen, obwohl dieser Vorschlag wegen mangelnder Realisierbarkeit in der internationalen Diskussion keine Rolle mehr spielt.
 - Die Durchsetzung persönlicher Freiheits- und Menschenrechte in den Ländern der Dritten Welt wird nirgends als Ziel der Entwicklungspolitik erwähnt; statt dessen wird den Industrieländern, d. h. vor allem dem Westen, einseitig und überzogen Schuld am Elend der Dritten Welt zugewiesen.
 - Befreiungsbewegungen werden ohne Einschränkung und unabhängig davon unterstützt, ob es sich um gewaltfreie oder solche „Kräfte der Befreiung“ handelt, die auch Terror gegen die eigene Bevölkerung ausüben. Der Hinweis des SPD-Leitantrages für den Parteitag 1988 in Münster, die geförderten Befreiungsbewegungen müßten Menschenrechten und Demokratie verpflichtet sein, wurde inzwischen fallengelassen.
 - Die SPD strebt eine „neue und gerechte Weltwirtschaftsordnung“ an, ohne klarzumachen, wie diese Ordnung aussehen und wie sie erreicht werden soll. Wer die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Sozialdemokraten kennt, der weiß: dies kann nur eine Weltplanwirtschaft sein.
- Im übrigen verlangt die SPD: „Den ärmsten Ländern müssen die Schulden erlassen werden“ (IV. 4). — Diese Forderung der SPD hat die CDU längst umgesetzt: Die Bundesrepublik Deutschland hat den ärmsten Ländern die Schulden aus der Entwicklungshilfe ganz erlassen und gewährt Hilfeleistungen seitdem nur noch als Zuschüsse. Darüber hinaus hat die Bundesregierung auch den ärmeren Ländern Afrikas, die wirtschaftspolitische Reformen durchführen, die Schulden erlassen. Mit dem Erlaß von Schulden aus staatlichen Krediten in Höhe von 7,5 Milliarden Mark — davon allein 3,3 Milliarden Mark Mitte 1988 — hat die Bundesrepublik Deutschland die ärmsten und ärmeren Entwicklungsländer spürbar entlastet; sie haben nach der Schuldenstreichung jetzt wieder größere Spielräume.

IV. „Die freie, gerechte und solidarische Gesellschaft: Eine neue Kultur des Zusammenlebens und Zusammenwirkens“

1. „Die Gleichstellung aller Menschen in einer solidarischen Gesellschaft“

● „Gesellschaftliche Gleichheit von Frau und Mann“

Die ohne Zweifel notwendige Gleichstellung von Männern und Frauen, die Abkehr von Rollenklischees und die Beseitigung der Geringschätzung alles Weiblichen geht bei der SPD offenbar nur über die Herstellung gleichartiger Neutren: „Wir wollen eine Gesellschaft, die nicht mehr gespalten ist in Menschen mit angeblich weiblichen und angeblich männlichen Denk- und Verhaltensweisen.“

Dagegen hat die CDU immer die Anerkennung des je Eigenen, das Männer und Frauen in eine Gesellschaft einbringen können, verlangt. Bei aller Verschiedenheit müssen die Leistungen von Männern und Frauen gleichgewichtet werden. „Die CDU lehnt eine Politik ab, die Frauen oder Männer auf bestimmte Rollen festlegt oder die Unterschiede zwischen Mann und Frau nicht wahrhaben will“ (Essener Leitsätze, I. 4).

Die SPD fordert einerseits Wahlfreiheit: „Wir wollen Frauen und Männer, die gleich, frei und solidarisch erzogen, nach eigener Wahl in allen Bereichen der Gesellschaft wirken.“ Doch andererseits verordnet sie feste Leitbilder: „Wir erstreben als Regel den sechsständigen Arbeitstag in der 5-Tage-Woche, damit Frauen und Männer Erwerbsarbeit, Haus- und Familienarbeit, ehrenamtliche Tätigkeit und kulturelle Teilhabe besser miteinander vereinbaren können.“

Die SPD orientiert sich immer noch an der erwerbstätigen Frau. So soll Arbeit „neu bewertet und anders verteilt“ werden, auch die „Haus-, Familien- und Eigenarbeit“. Es geht der SPD aber immer um Familienarbeit und Erwerbsarbeit. Die Frau, die sich im Sinne der Wahlfreiheit **nur** für die Familie entscheidet, kommt im Programmentwurf nicht vor.

● „Familien- und Lebensgemeinschaften“

Die Ehe ist für die SPD **eine von vielen** Lebensgemeinschaften und Beziehungsformen; für die SPD haben „alle Formen von Lebensgemeinschaften Anspruch auf Schutz und Rechtssicherheit. Keine darf diskriminiert werden, auch die gleichgeschlechtliche nicht.“ Familie als

„Lebensgemeinschaft Erwachsener mit Kindern“ läßt viele Varianten zu. Eine positive Darstellung der Leistungen der Familie sucht man vergebens.

Zwischen den programmatischen Forderungen der SPD und der Praxis in SPD-regierten Ländern klaffen Welten. Zwar „sollen Eltern kleiner Kinder Anspruch auf Elternurlaub ... haben“, doch Tatsache ist, daß bisher nur CDU-geführte Bundesländer ein zweites Erziehungsjahr finanzieren (Baden-Württemberg, Berlin, Rheinland-Pfalz). Dort, wo die SPD Verantwortung trägt, hat sie eine solche familienfreundliche Leistung bisher nicht verwirklicht.

2. „Die Zukunft der Arbeit und der freien Zeit“

● „Arbeitszeitverkürzung — Beitrag zur Vollbeschäftigung und Zeitsouveränität“

Die SPD sagt: „Wir wollen diese Tendenz zur Verkürzung der Arbeitszeit nutzen, wobei kürzere Arbeitszeit nicht automatisch kürzere Maschinenlaufzeit bedeutet.“ Und: „Daher streben wir den sechsständigen Arbeitstag in der 30-Stunden-Woche als Regel an.“

Arbeitszeitverkürzung ist ein Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Sie kann aber angesichts des wachsenden Bedarfs an Facharbeitskräften nur eine Übergangslösung sein. Außerdem weiß die SPD nicht, was sie wirklich will, denn die beiden zitierten Aussagen, die im Programmentwurf kurz hintereinander folgen, widersprechen sich. Eine Fünf-Tage-Woche mit jeweils sechs Arbeitsstunden und dazu auch noch eine Ablehnung der Nacharbeit bedingen zwangsläufig kürzere Maschinenlaufzeiten, und nicht mehr, sondern weniger Flexibilität.

Außerdem betrachtet die SPD den Arbeitsmarkt als eine Angelegenheit des Staates. Die zentrale Verantwortung der Tarifpartner findet sich an keiner Stelle des Entwurfs. Die parteipolitische Rücksichtnahme auf die Gewerkschaften verhindert nicht nur die richtige Erkenntnis der Ursachen der Arbeitslosigkeit, sondern damit auch die richtigen Therapien zu ihrer Bekämpfung.

Die von Oskar Lafontaine eröffnete Diskussion über Wege aus der Arbeitslosigkeit findet im Programmentwurf keinen Niederschlag. Die Aussagen zur Arbeitsmarktpolitik sind von einem fast grenzenlosen Vertrauen auf Staatseingriffe getragen, obwohl die SPD wissen müßte, daß gerade dieser Weg für die Arbeitslosen in die Sackgasse führt: In den letzten drei Jahren ihrer Regierungszeit sind nämlich rund eine Million Arbeitsplätze verlorengegangen, und die Arbeitslosigkeit nahm lawinenartig zu.

● Soziale Dienste

Die SPD sagt: „Die Nachfrage nach öffentlich finanzierten Diensten wächst ständig. ... Die sozialen Dienste müssen zu einem flächendeckenden Netz ambulanter und stationärer Hilfen verbunden werden.“

Doch eine Sache zu fordern und sie dann auch zu verwirklichen, das sind bei der SPD offensichtlich zwei Paar verschiedene Schuhe. Dort, wo sie in der Regierungsverantwortung steht, betreibt sie nämlich einen **Abbau der Sozialleistungen**.

In keinem anderen Bundesland wurden die sozialen Leistungen so massiv gekürzt wie in dem SPD-regierten Nordrhein-Westfalen: Seit 1980 wurden insgesamt über zwei Milliarden Mark zu Lasten der Jugend, der Familien, der alten Menschen und der Behinderten eingespart.

- ▶ Landesjugendplan: 27,2 Prozent
- ▶ Kindergartenbeitrag: bis 400 Prozent teurer
- ▶ Kindererhöhung: 72,7 Prozent
- ▶ Jugenderhöhung: 46,7 Prozent
- ▶ Familienerhöhung: 72,7 Prozent
- ▶ Adoptionsvermittlung: 100 Prozent
- ▶ Altenhilfe: 57,1 Prozent
- ▶ Altenheimbau u. ä.: 57,8 Prozent
- ▶ Behindertenarbeit: 37 Prozent

Im Saarland hat 1985 die SPD ein vollständiges und modellhaft ausgebautes Netz an Sozialstationen von der CDU übernommen; seit dieser Zeit verweigert die Sozialministerin den Sozialstationen die längst überfällige Personalaufstockung zur qualifizierten Verbesserung ihrer Seniorenarbeit (gestiegenes Pflege- und Kommunikationsbedürfnis); für das Haushaltsjahr 1988 sind die Mittel für diese Altenhilfe sogar um 1,4 Millionen Mark gekürzt worden.

● „Das kulturelle Leben“

In der **Bildungspolitik** vertritt die SPD weiterhin die alten ideologischen Ladenhüter, mit denen sie die sozialistische Einheitsschule durchsetzen will. Ihrem Bildungsverständnis mangelt es an einer klaren Orientierung an Werten und Normen. In der beruflichen Bildung und Weiterbildung geht die SPD an den Erfordernissen der technischen Entwicklung vorbei.

Die **Forschungspolitik** der SPD ist gekennzeichnet durch forschungs- und innovationsfeindliche Gängelung und Kontrolle.

Die **Kulturpolitik** der SPD vermag die Freiheit der Kunst nicht zu gewährleisten, weil sie Kultur einseitig von ihrem parteipolitischen Verständnis her definiert. Ästhetische Qualität und herausragende kulturelle Leistungen werden zugunsten einer beliebig austauschbaren „Kultur für alle“ vernachlässigt.

Bildung

Die SPD geht in ihrem **Bildungsverständnis** von einseitig individualistischen Zielen aus: „Bildung hat Eigenwert für die Entfaltung der Person“; „Bildung soll die Chance eröffnen, selbstbestimmt zu arbeiten“; „Bildung muß Menschen befähigen, sich mit der Gesellschaft ... kritisch auseinanderzusetzen ...“

Im Programmentwurf wird jedoch nichts darüber gesagt, daß Bildung und Erziehung auch die **Vermittlung von Werten und Normen** zu leisten hat; es gibt keinen Hinweis darauf, daß Bildungsziele an Grundwerten des gesellschaftlichen Zusammenlebens orientiert sein müssen. Über die Bedeutung von Ethik, Religion und Geschichte für die Erziehung junger Menschen sagt der Entwurf ebenfalls nichts. Eine angeblich wertfreie Erziehung ist aber immer eine „wertlose“ Erziehung.

Die SPD setzt in ihrem Programmentwurf die **bildungspolitischen Grabenkämpfe der siebziger Jahre** um schulorganisatorische Fragen fort. Alte Hüte, wie die Integration von allgemeiner, politischer und beruflicher Bildung, werden erneut präsentiert; die Gesamtschule wird als „am besten geeignet“ bezeichnet, und eine völlig undifferenzierte gemeinsame Erziehung von Behinderten und Nichtbehinderten wird gefordert.

Die SPD hält damit an ihrem alten **Modell der sozialistischen Einheitsschule** fest, die unter der falschen Kampfpapole „Fördern statt auslesen“ die Unterschiedlichkeit der Begabungen verkennt und eine auch an Leistung orientierte Bildung unmöglich macht.

Vor allem in den **Aussagen zur beruflichen Bildung** werden die traditionellen Ideologien gepflegt. Immer noch hat die SPD ihren alten Vorbehalt nicht überwunden, zwischen der Bildung einerseits und der beruflichen Anwendung von Bildung dürfe es keinen Zusammenhang geben. Für die SPD „wird sich berufliche Erfüllung und sogar beruflicher Erfolg um so eher einstellen, je weniger sich Bildung eng und einseitig darauf konzentriert“. Die Arbeitsgemeinschaft für Sozialdemokraten im Bildungsbereich hat dies vor zehn Jahren bereits so formuliert: „Bildungsinhalte dürfen sich nicht am Bedarf der Wirtschaft orientieren.“

Folgerichtig fordert die SPD nun ein „Gegengewicht zur betriebsbezogenen Weiterbildung“. **Berufliche Weiterbildung** soll, wie das allgemeinbildende Schulwesen, zur Aufgabe des Staates werden; die Finanzierung soll nach den Vorstellungen der SPD durch eine Zwangsabgabe der Unternehmen erfolgen. Eine an den Erfordernissen des raschen technologischen Wandels orientierte Weiterbildung wird so nicht möglich sein.

Besonders realitätsfern ist die Forderung der SPD, daß die im Berufsleben zur Verfügung stehende Zeit für Weiterbildung der Zeitspanne der Erstausbildung entsprechen soll. Konkret gerechnet würde dies bedeuten, daß

beispielsweise ein Konstruktionsbüro einem Ingenieur, der acht Semester an der Fachhochschule studiert hat, pro Jahr fünf Wochen Bildungsurlaub gewähren müßte.

Hochschule, Wissenschaft und Forschung

Die SPD verspricht alles zu tun, „damit die Qualität von Wissenschaft und Forschung internationalen Maßstäben gerecht bleibt“. Mit solchen Beteuerungen will die SPD ihr negatives Bild als Partei der Technikfeindlichkeit aufpolieren; sie können aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die SPD in der Praxis ihre alte technikfeindliche Haltung nicht aufgegeben hat: Sie lehnt eine Beteiligung an den europäischen Spitzen-Technologie-Projekten COLUMBUS und HERMES rundweg ab; und die erste wissenschaftspolitische „Großtat“ der rot-grünen Koalition in Berlin bestand darin, die Abschaffung der Akademie der Wissenschaften zu beschließen.

Breiten Raum widmet die SPD der Frage, wie die wissenschaftliche Forschung der „**gesellschaftlichen Kontrolle**“ unterworfen werden kann; sie behauptet pauschal, „daß immer mehr Forschungseinrichtungen entstehen, in denen die Forschung militärischen oder ausschließlich wirtschaftlichen Zwecken unterworfen wird“. Hier ist nicht nur die unterschiedlose Gleichsetzung von militärischer und wirtschaftsbezogener Forschung fatal; ideologisch begründet und damit forschungsfeindlich ist auch der grundsätzliche Vorbehalt gegenüber ergebnisoffener, anwendungsorientierter und auch damit wirtschaftlich nutzbarer Forschung. Gerade ein rohstoffarmes Land wie die Bundesrepublik Deutschland, deren wirtschaftliche Stärke fast überwiegend auf der Anwendung neuester Forschungsergebnisse basiert, kann sich einen solchen forschungsfeindlichen Ansatz nicht leisten.

„Kulturarbeit in der Demokratie“

Die Aussagen zur Kulturpolitik sind wenig konkret und in sich widersprüchlich. Einerseits beteuert die SPD: „Wir wollen keine Einheitskultur“, andererseits will sie sich in der Kulturpolitik „an unseren Grundwerten und unserer Tradition“ orientieren. Dieser **parteibezogene kulturpolitische Ansatz** bedeutet in der Konsequenz, daß die SPD Kulturpolitik und Kulturarbeit von ihrem Selbstverständnis her definiert; solche „Partei-Kultur“ ist die Vorstufe von „Staatskultur“. Die Gefahr dieses Ansatzes wird dann auch deutlich, wenn die SPD den Anspruch erhebt, „das kulturelle Leben der Gesellschaft ... prägen (zu) können“. Kulturelle Prägung durch parteipolitische Arbeit bedeutet aber das Ende der Freiheit der Kunst, die das Grundgesetz ausdrücklich garantiert.

Der Programmentwurf operiert mit einem völlig unklaren **Kulturbegriff**. Die SPD will „Kultur für alle“ und beschreibt kulturelle Aktivitäten nach dem

Motto „Alles ist Kultur“. Gegenüber beliebiger Vielfalt sind aber herausragende kulturelle Leistungen und ästhetische Qualität unverzichtbar. Insofern ist die von der SPD geforderte beliebig austauschbare „Kultur für alle“ zutiefst kulturwidrig.

Auch in der Kultur gilt für die SPD das Engagement Privater offensichtlich nichts und der Staat alles. **Mäzene und Sponsoren** der Kultur kommen bei der SPD nicht vor.

Die **Medien**, vor allem die elektronischen Medien, werden rundum negativ und ablehnend bewertet („von Kapitalinteressen gelenkte Unterhaltungsindustrie“). Der freiheitlichen Medienentwicklung setzt die SPD ein Konzept der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten entgegen, in denen ohne Rücksicht auf Zuschauerinteressen („Diktat der Einschaltquoten“) ideologisch einseitige Sendungen („kritisch und provokativ“, ohne „bequeme Ausgewogenheit“) über öffentliche Zwangsfinanzierungen produziert werden können. Die jüngsten Vereinbarungen von SPD und AL in Berlin lassen erkennen, wie radikal der Privatfunk in seinen Möglichkeiten beschnitten und damit die Freiheit der Medien ausgehöhlt werden soll.

3. „Durch soziale Gerechtigkeit zur solidarischen Gesellschaft“

Die Überschrift zu diesem Kapitel müßte eigentlich lauten: „Durch soziale Ungerechtigkeit zu einer entsolidarisierten Gesellschaft“

● Soziale Grundsicherung

Die SPD will „eine einkommensabhängige soziale Grundsicherung, die das beitrags- und leistungsbezogene Sicherungssystem ergänzt, es aber nicht ersetzt. Sie soll im Alter, bei Invalidität und Arbeitslosigkeit den Lebensbedarf decken. Soziale Grundsicherung soll Sozialhilfe auf die Unterstützung in besonderen Notlagen zurückführen und das Sozialrecht vereinfachen. Ihre zusätzlichen Kosten sind aus Steuermitteln zu finanzieren“.

Mit diesen Forderungen weckt die SPD Erwartungen, die nicht finanzierbar sind. Denn finanziert werden kann eine Grundsicherung nur durch einen Griff in die Taschen aller Bürger. Anstatt einer Sozialhilfe, die Lebensgrundlagen für in Not geratene Mitbürgerinnen und Mitbürger schaffen soll, wird eine Grundsicherung verlangt, die sich im Alterssicherungssystem zum Beispiel an der Durchschnittsrente orientieren könnte. Damit wird auf kaltem Wege der Gedanke einer Grundrente eingeführt, der im Rentenkompromiß von CDU, CSU, SPD, FDP ausdrücklich nicht enthalten ist.

Das Versicherungssystem auf Gegenseitigkeit, die leistungsbezogene Altersrente, wird durch eine staatliche, vom Steuerzahler finanzierte Leistung ersetzt. Nicht der Rentner, der sich nach einem arbeitsreichen Leben zur Ruhe setzt, wird belohnt, sondern der Schwarzarbeiter, der es lebenslang versäumt hat, solidarisch angemessene Sozialbeiträge zu entrichten.

Etwas völlig anderes ist die **Anerkennung von Nichterwerbsarbeit**, die dem Staat als Ganzem dient. Dabei war es der CDU vorbehalten, erstmals in der Geschichte der Rentenversicherung in der Bundesrepublik Deutschland eine Anerkennung von Erziehungsjahren in der Rentenversicherung einzuführen.

Da die Neigung zur Verweigerung und zum Aussteigen zugenommen hat, stellt sich die Frage, ob mit dem Vorschlag einer sozialen Grundsicherung die Tendenz zur Leistungsverweigerung nicht weiter gefördert wird. Dies ginge aber eindeutig zu Lasten derer, die durch ihre Lohnsteuer und durch ihre Sozialversicherungsbeiträge den Sozialstaat finanzieren. Die Grundsicherung würde einen Beitrag zur Entsolidarisierung der Gesellschaft leisten.

● **Wertschöpfungsabgabe**

Die SPD fordert: „Wir wollen die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung am Leistungsvermögen der Unternehmen, an der Wertschöpfung orientieren.“

Die Wertschöpfungsabgabe ist ein Ladenhüter der SPD, der immer wieder neu aufgelegt wird. Wertschöpfung ist nichts anderes als eine Art Zusatzsteuer und erhöht die Abgabenbelastungen der Unternehmungen: Technischer Fortschritt und Investitionen werden bestraft, die internationale Wettbewerbsfähigkeit wird geschwächt, und inländische Arbeitsplätze gehen zugunsten von Arbeitsplätzen im Ausland verloren.

Zukunftsbranchen, die viel investieren, die dem technischen Fortschritt besonders verbunden sind, werden besonders hart betroffen. Es besteht die Gefahr, daß kleinere Betriebe überdurchschnittlich belastet werden. Ein Sonderopfer bringen Unternehmen, bei denen Inhaber und Familienangehörige zur betrieblichen Wertschöpfung beitragen, ohne selbst versicherungspflichtig zu sein. Der Faktor Arbeit wird zu Lasten des Faktors Kapital subventioniert. Der solidarische Versicherungsgedanke von Leistung und Gegenleistung wird aufgehoben.

4. „Ökologisch und sozial verantwortliches Wirtschaften“

Anspruch und Wirklichkeit in der Umweltpolitik der SPD klaffen weit auseinander. Das Bild der SPD-Umweltpolitik in den Ländern und in der Bundesrepublik Deutschland ist geprägt von Konzeptionslosigkeit. Dies schlägt sich auch in dem Programmentwurf nieder.

● Förderung regenerativer Energieträger

So erklärt die SPD zum Beispiel: „Wir fördern ... vor allem aber regenerierbare Energieträger. Ihnen gehört die Zukunft.“ Doch damit fordert die SPD, was die CDU-geführte Bundesregierung schon lange macht: Allein 1989 stehen rund 270 Millionen Mark für die Forschung im gesamten Bereich der erneuerbaren Energien und der rationellen Energienutzung bereit. Die Bundesrepublik Deutschland setzt damit für diese Forschung mehr ein als jedes andere Land in Europa, mehr als alle anderen EG-Länder zusammen, wesentlich mehr als Japan und etwa gleich viel wie die USA. Wir wissen, daß jede Kilowatt-Stunde, die aus „sanfter Energie“ erzeugt wird, dazu beiträgt, daß unsere Umwelt nicht noch mehr belastet wird.

● Kernkraft-Ausstieg als Mogelpackung

Die SPD verabschiedet sich auch in der Energiepolitik aus der politischen Verantwortung. Sie tut weiter so, als ob ein deutscher Ausstieg aus der Kernenergie möglich sei. Bisher denkt kaum ein Land, das bereits vor Tschernobyl die Kernenergie genutzt hat, daran, diese Nutzung aufzugeben. Dadurch wird das Schein-Argument, die Kernenergie könne aus Sicherheitsgründen nicht mehr genutzt werden, noch wertloser als es ohnehin schon ist. Denn auch die SPD weiß, daß unsere Kernkraftwerke in puncto Sicherheit weltweit unübertroffen sind. Heute betreiben über 25 Länder der Erde Kernkraftwerke. Schon aus einer weltweiten Verantwortung heraus müssen wir unsere langjährigen Erfahrungen einbringen, unser Wissen um eine sichere Nutzung weiterentwickeln und internationale Übereinstimmung über möglichst strenge Sicherheitsstandards anstreben.

Die SPD verspricht: „Wir wollen so rasch wie möglich eine sichere umweltfreundliche **Energieversorgung ohne Atomkraft** erreichen.“ Bereits auf ihrem Bundesparteitag 1986 in Nürnberg hatte die SPD den Ausstieg der Bundesrepublik Deutschland aus der Kernenergie gefordert, außerdem die „Änderung des Atomgesetzes mit dem Ziel der **Stilllegung aller Atomkraftwerke**“ verlangt und die Abschaltung der ersten Atomkraftwerke in den nächsten beiden Jahren angestrebt. Warum nennt die SPD, in deren Regierungszeit übrigens 17 der bei uns in Betrieb befindlichen Kernergieanlagen ans Netz gegangen sind, nun auf einmal keinen Zeitpunkt mehr für den Beginn des Ausstiegs aus der Kernkraft?

Über die Rolle der „fossilen Energieträger“ im allgemeinen und des „Energieträgers Kohle“ im speziellen findet sich kein Wort. Deutet sich hier etwa eine „Rolle rückwärts“, ein abermaliger Kurswechsel an, diesmal zu Lasten des Kohlebergbaus — und das vor dem Hintergrund des weltweiten klimaverändernden „Treibhauseffektes“? Daß die Verbrennung fossiler Energieträger mit rund 50 Prozent an dieser globalen Bedrohung beteiligt ist, kann doch auch der SPD nicht entgangen sein. Die Nutzung der Kernenergie trägt dazu so gut wie gar nichts bei.

Die CDU setzt auf eine Verbindung aller zur Verfügung stehenden und in der Entwicklung befindlichen Energieträger, wobei die Nutzung der fossilen Energieträger so umweltverträglich wie möglich erfolgen und insgesamt verringert werden muß. Wir fordern rationelle Energieverwendung und Energieeinsparung und setzen auf die Erforschung und verstärkte Markteinführung der regenerativen Energiequellen wie Sonne, Wind, Wasser und Biomasse.

● „Wirtschaftsdemokratie“

Der Streit um die Frage der Wirtschaftsordnung dauerte lange, doch fruchtbar war er nicht. Die angeblichen Vordenker in der SPD haben sich als Hinterherdenker entlarvt. Mit alten Klassenkampfparolen zeichnet die SPD ein Zerrbild der Sozialen Marktwirtschaft und tut so, als befänden wir uns noch im Kapitalismus des 19. Jahrhunderts. Weil sie sich weigert, ihre rote Brille abzusetzen, sieht sie nicht, daß die Soziale Marktwirtschaft „Wohlstand für alle“ ermöglicht und ein nie dagewesenes Maß an sozialer Sicherheit zu verwirklichen hilft.

Im Programmentwurf heißt es unter anderem:

„Der Markt ... darf nicht die Richtung angeben, in der sich die Gesellschaft entwickelt. Er darf nicht anstelle der Gesellschaft über grundlegende Techniken und Wachstumsfelder entscheiden.“

„Der Staat soll sein Handeln vorausschauend planen, gewollte Entwicklungen in Gang setzen und Fehlentwicklungen abwenden.“

„Staat und Kommunen planen ihr wirtschaftsbezogenes Handeln; sie stimmen Planungen miteinander ab. Das kann zu staatlichen Entwicklungsplänen führen, die für Regionen, Länder oder den Gesamtstaat gelten.“

„Technikgestaltung wird zentrale politische Aufgabe.“

Mit diesen Aussagen fällt die SPD noch hinter Godesberg zurück. In der aus dem Godesberger Programm übernommenen Formel „Wettbewerb so weit wie möglich — Planung so weit wie nötig“ wird der Wettbewerb kleingeschrieben, (staatliche) Planung hingegen großgeschrieben. Zwar fehlt nicht ein Hinweis auf die Unentbehrlichkeit von Markt und Wettbewerb, der eine moderne marktwirtschaftliche Grundüberzeugung vortäuschen soll, wengleich das Wort „Soziale Marktwirtschaft“ kein einziges Mal auftaucht. Diesem Hinweis steht jedoch eine Flut von Bedenken entgegen, was der Markt angeblich nicht leisten könne und was deshalb durch den Staat entschieden werden müsse. **Die SPD zeigt sich lernunfähig. Sie bleibt anti-marktwirtschaftlich und planungshörig.**

► Die SPD mißtraut nach wie vor der Mündigkeit des einzelnen Bürgers. Die Politik soll die Wachstumsfelder auswählen, dabei aber „die Wünsche und

Bedürfnisse der Menschen ernst nehmen“. Der „Grundbedarf“ soll vorab befriedigt werden; der Rest verbliebe dann „für Bildung, Kultur, soziale Zuwendung und sinnvolle Freizeit“. — Bestimmt also die SPD künftig, was die „Wünsche und Bedürfnisse“ der Menschen sind? Entscheidet die SPD künftig über „Grundbedarf“ sowie über Art und Menge des Angebots an Bildung, Kultur und sozialer Zuwendung? Und bestimmt die SPD künftig, was sinnvolle Freizeit (gemeint ist wohl Freizeitbeschäftigung) ist?

- ▶ Auswahl der Wachstumsfelder durch die SPD und staatliche Entwicklungspläne bedeuten **bürokratische Wirtschaftslenkung und Bevormundung des Verbrauchers**. Die Steuerungs-Gläubigkeit ist ein grundlegender Irrtum und ein Verstoß gegen die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft. Der Staat selbst ist weder kreativ, noch kann er Innovationen verordnen.
- ▶ Wollte die SPD ihre **Volksbeglückungs-Vorstellungen** durchsetzen, müßten die Unternehmen ihre Investitionspläne zuvor von der „Gesellschaft“ und irgendwelchen noch zu schaffenden Organen genehmigen lassen. Eine solche „Enteignung auf kaltem Wege“ wäre investitions- und innovationsfeindlich. Die wirtschaftliche Dynamik würde gebremst und die Zukunftsfähigkeit des Standortes Bundesrepublik Deutschland verspielt.
- ▶ Wie sich solche Vorstellungen mit einer eng verflochtenen Weltwirtschaft und der „Internationalisierung der Märkte“ vertragen, bleibt das Geheimnis der SPD. Dürfen Güter, die nach SPD-Ansicht auf den falschen Wachstumsefeldern gedeihen, künftig weder importiert noch exportiert werden? Dies wäre ein sicheres **Arbeitsplatzvernichtungsprogramm**.
- ▶ Verkehrte Welt: Während im real existierenden Sozialismus marktwirtschaftliche Elemente eingeführt werden, will die SPD bewährte marktwirtschaftliche Grundsätze aufgeben und planungswirtschaftliche Elemente einführen. Hätte etwa Gorbatschow den Vorsitz der SPD-Programmkommission übernehmen sollen, um auch dort eine marktwirtschaftliche Orientierung herbeizuführen?

Anfang des Jahres sagte der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD, Wolfgang Roth: „Die Partei muß klar sagen, ob sie auf die traditionelle Staatshuberei setzt oder aber ein aufgeklärtes marktwirtschaftliches System favorisiert.“ (Wirtschaftswoche, 6. Januar 1989) **Die SPD hat sich entschieden — für die traditionelle Staatshuberei.**

5. „Demokratie in Staat und Gesellschaft“

- Die SPD zeichnet in diesem Kapitel ein düsteres Bild von der **Verfassungswirklichkeit** in der Bundesrepublik Deutschland: Die Bundesrepublik Deutschland „hat viele Mängel“; sie ist kein demokratischer

Sozialstaat; zwischen Wirklichkeit und Verfassungsnorm klafft eine Lücke; sie steht unter dem Druck „mächtiger Sonderinteressen“.

Zu diesem düsteren Bild gehören auch allgemein gehaltene Formulierungen, wie zum Beispiel „Die Bürger müssen den Staat, nicht der Staat die Bürger kontrollieren“ oder die Aussage, daß die Polizei Kritik brauche.

Vor diesem Hintergrund erhebt die SPD den Anspruch: „Wir sind die Partei der Reform.“ Die Realität sieht allerdings ganz anders aus: An dringend notwendigen Reformen wie zum Beispiel der Gesundheitsreform ist die SPD in ihrer Regierungszeit mehrfach gescheitert, und auch die SPD-regierten Länder Nordrhein-Westfalen und Saarland bestätigen die Feststellung, daß die „Partei der Reform“ vor dem Strukturwandel kapituliert hat und die Reformstaus verlängert.

● Die SPD läßt in diesem Kapitel auch ein **gebrochenes Verhältnis zum Rechtsstaat** erkennen:

- ▶ Sie sieht den Staat „durch die Ballung von wirtschaftlicher oder Medienmacht und durch die Anhäufung von Herrschaftswissen bedroht“, nicht aber durch Verfassungsfeinde, Ideologen und politische Extremisten.
- ▶ Sie will „Geist und Praxis des Radikalenerlasses überwinden“ und damit den öffentlichen Dienst für Verfassungsfeinde öffnen.
- ▶ Sie erweist denen „Respekt“, die bestehende Gesetze verletzen, sofern sie bereit sind, die rechtlichen Folgen zu tragen. Diese Respektierung kommt einer Legitimierung gleich.

● Die SPD kündigt schließlich auch eine **Änderung unserer staatlichen Ordnung** an:

- ▶ Repräsentativ-parlamentarische Strukturen sollen durch die Einführung von „Ombuds-Personen“, durch Volksbegehren und Volksentscheid aufgeweicht werden.
- ▶ Die Effizienz des Verwaltungshandelns wird durch die „Einführung der Verbandsklage“ bedroht.